

II-925 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 558 U

1991-02-27

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Dr. Keppelmüller, DDr. Niederwieser
und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Probleme des Umweltschutzes im Zusammenhang mit dem Europäi-
schen Wirtschaftsraum

Als die EG-Kommission vor gut zwei Jahren den EFTA-Staaten einen binnen-
marktähnlichen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vorschlug, reagierte
die EFTA rasch und zustimmend. Die Idee einer möglichst umfassenden Freizü-
gigkeit für Personen, Dienstleistungen, Güter und Kapital, flankiert durch
eine Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Umweltschutzerziehung
schien eine verlockende Alternative.

Die Verhandlungen begannen formell am 25. Juni 1990. Zu den wichtigsten
Merkmalen gehört seither die Prüfung von etwa 1.350 Rechtsakten der EG,
denen Binnenmarktrelevanz zukommt. Diesbezüglich wurden die Ausnahmewün-
sche der EFTA-Staaten in den Verhandlungen drastisch reduziert. Im Novem-
ber 1990 kam es zu einem Angebot der EFTA: Als Gegenleistung für den Ver-
zicht auf permanente Ausnahme wollten die 7 EFTA-Staaten Schutzklauseln,
adäquate Übergangsfristen und Zugeständnisse im institutionellen Bereich.
Dennoch ist bisher kein diplomatischer Durchbruch bei den Verhandlungen
möglich gewesen. Die EG zieht allgemein formulierte, nicht auf EFTA-Länder
zugeschnittene Schutzklauseln vor. Auch über die Dauer der Übergangsfri-
sten gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen EG und EFTA-Ländern.
Die Liste der offenen Verhandlungspunkte sind überlagert von Auseinander-
setzungen um die Umwelt, Landwirtschaft und Alpen transit.

Aus Sorge um den hohen Umweltstandard in Österreich richten die unterzeich-
neten Abgeordneten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
nachstehende

- 2 -

A n f r a g e:

1. Wird die Übernahme der europäischen Standards im Rahmen des EWR aus heutiger Sicht einen Rückschritt im Bereich der österreichischen Umweltstandards mit sich bringen?
2. Ist es richtig, daß im "EG-Task-Force-Bericht 1992 - die Umweltdimension" ein Szenario entwickelt wird, das mit der Zunahme des Lastwagenverkehrs bis zum Ende des Jahres 2000 um 30 bis 50 %, einer Verdopplung des Luftverkehrs, 70 Millionen neuen Fahrzeugen, einen 20 % höheren Schwefeldioxid- und 14 % höheren Stickoxidausstoß gerechnet wird? Ist es im Zuge der EWR-Verhandlungen von Seiten Österreichs nicht erforderlich, zusätzliche Umweltschutzmaßnahmen zu fordern, um zumindest den heutigen Umweltzustand zu erhalten?
3. Wieviele EWR-Verhandlungsrunden haben sich bisher mit Umweltschutzvorschriften befaßt?
Welche Umweltvorschriften tangieren den freien Handelsverkehr und sind daher aus österreichischer Sicht besonders gefährdet?
4. In welcher Form wird in einem Europäischen Wirtschaftsraum Österreich an Entscheidungsprozessen und damit an einer Verbesserung der Umweltvorschriften teilhaben können?
5. Inwieweit wird es Österreich im EWR weiterhin möglich sein, eine Vorreiterrolle im Umweltschutz in Europa einzunehmen?